

Windige Entscheidung:

gegen den Willen der Bürger,
und wider besseres Wissen, gegen die Vernunft

Neun Stadtverordnete (Respekt für ihren sonstigen Einsatz für Brüssow), die Damen und Herren Müllenhagen, Pfothenhauer, Reiss, Schulz, Sprötge, Sy, Vöcks, Wittkopp und Wolff haben sich am 19. Mai für die unseriösen finanziellen Versprechungen der Enertrag entschieden. **Die Rechnung ist einfach: Maximale Anzahl an Windrädern, maximales Geld!** Das Umweltschutzargument ist blanke Heuchelei. Amtsdirektor Neumann gibt vor: Neun „Volksvertreter“ nicken ab. Taub für die Belange der Bürger in Brüssow.

Lügen

Die Enertrag verbreitet in der Presse (MOZ) die dazu passenden Falschmeldungen:

„Nach der öffentlichen Auslegung der Pläne gab es nur zwei Einwände.“ (Diwald)

„Bei der jüngsten Entscheidung zum Windkraftstandort in Brüssow hatten sich über 60 Prozent der Bürger für das geplante Windfeld ausgesprochen.“ (D. Windloff)

Keine Richtigstellung aus dem Rathaus: es gab 65 zum großen Teil sehr ausführliche Einwendungen von Bürgern und ca. 60% der Stadtverordneten stimmten dafür.

Geld

In einem Gestattungsvertrag werden Einmalzahlungen von ca: **25000 € je Windrad** versprochen. Die Enertrag kann laut Vertrag 22, 26 oder 32 Windmühlen bauen. Wie viel Geld kommt nun also in die Stadtkasse? 550000 €, 250000 €, 800000 €? Beeindruckende Zahlen, unsichere Zahlen. Dennoch: Neun Stadtverordnete winken durch.

Blindheit

Die Kommunalaufsicht hat bereits (für Casekow im April 2005) entschieden, Windgeld darf nicht für Projekte ausgegeben werden, die in keinem unmittelbaren Zusammenhang mit dem Windfeld stehen. Genau das aber steht im Fusionsvertrag der Gemeinde Brüssow.

Ausverkauf

In Wollschow und Woddow sind bereits in diesem Jahr drei Hauskaufinteressenten wegen der Windfeldplanung wieder abgesprungen. Die Zuwanderung wird beeinträchtigt. Die Abwanderungsrate bleibt hoch und ist mit Geld nicht kompensierbar.

...mehr: [siehe Rückseite](#)

Nichts ist in Sack und Tüten!

Unsere Chancen, einzugreifen sind besser als viele denken. Wir werden alle Möglichkeiten nutzen, das Monsterprojekt weiter zu verzögern, zu verkleinern oder zu verhindern. Die Planung hat erhebliche Mängel. Unser Anwalt hat zunächst eine Mängelrüge bei der Kommunalaufsicht eingereicht.

In Brüssow müssen wir gemeinsam dafür sorgen, dass die Kritik an dieser Fehlentscheidung und an den Stadtverordneten, die sie zu verantworten haben, klar und öffentlich ausgesprochen wird.

Unsere Stadt muss eine Gemeindevertretung bekommen, die mehrheitlich einen eigenen Standpunkt vertritt, der dem Willen der Wähler entspricht.